

# Datenschutzrecht

RA Dr. Lukas Feiler, SSCP, CIPP/E

Technische Universität Wien  
6. März 2016



# TOPICS

- Einführung in das Thema Datenschutz aus rechtsvergleichender Sicht
- Anwendbares Recht
- Regulatorische Anforderungen
- Outsourcing
- Aktuelle IT-Trends: BYOD, Cloud Computing & Big Data
- PRISM, Tempora & Co

# Datenschutz als Grundrecht in der EU

- Europäische Menschenrechtskonvention
  - Schützt Privatsphäre (Artikel 8)
- EU Grundrechtecharta
  - Schützt das Grundrecht auf Datenschutz (Artikel 8)
- Österreich: § 1 Datenschutzgesetz 2000
- Deutschland: Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung

# Data Privacy nach U.S.-Recht

- Verfassungsrecht
  - 1st Amendment: Freedom of association schützt auch die Vertraulichkeit von Mitgliederlisten (NAACP v. Alabama, 357 U.S. 449 (1958))
  - 4th Amendment: Schutz vor unreasonable searches & seizures; gilt aber nur wenn “reasonable expectation of privacy” (Katz v. United States, 389 U.S. 347 (1967))
    - secrecy paradigm

# Data Privacy nach U.S.-Recht #2

- Federal law
  - Nur sektor-spezifischer Schutz in Reaktion auf konkrete Vorfälle
    - Health Insurance Portability and Accountability Act: health care providers
    - Gramm-Leach-Bliley Act: financial institutions
    - Fair Credit Reporting Act: credit reporting agencies
    - Video Privacy Protection Act: video tape service providers
  - Hauptsächlich: self-regulation
- Common law / privacy torts
  - intrusion upon seclusion → secrecy paradigm
  - public disclosure of private facts → secrecy paradigm

# Datenschutz-Compliance

- Datenschutz-Compliance gewinnt an Wichtigkeit
  - Rechtliche Risiken: Strafen von bis zu EUR 25.000 pro Verstoß
  - Image-Risiken: Compliance-Defizite & Security Breaches gefährden Image des Unternehmens
  - Wirtschaftliche Risiken durch verlorenes Kundenvertrauen
- Jüngere Entwicklungen
  - Sicherheitsrisiken durch Geheimdienste
  - Datenschutz-Aktivisten prangern Compliance-Defizite an (zB Europe v. Facebook)
  - Datenverarbeitungsregister ist seit 1.9.2012 online

# Der Rechtsrahmen in Österreich und der EU

- Datenschutz-Richtlinie (RL 95/46/EG)
  - nicht nur Mindeststandard, sondern Vollharmonisierung
  - unmittelbar anwendbar sofern im Einzelfall hinreichend bestimmt
- Datenschutzgesetz 2000
- Am Horizont:
  - Neue Datenschutz-Grundverordnung (KOM (2012) 11)
  - Richtlinie über die Datenverarbeitung durch Strafverfolgungsbehörden (KOM (2012) 10)

# Was sind “personenbezogene Daten”?

## Personenbezogene Daten

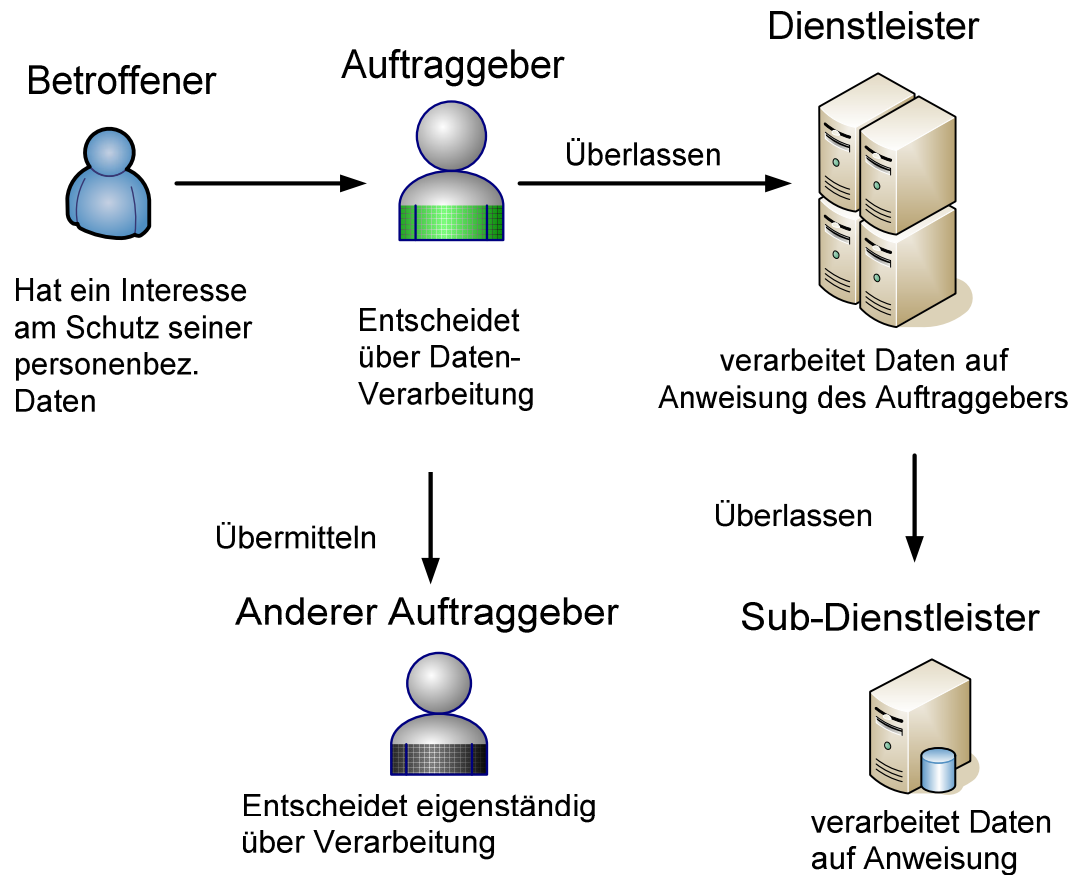
- Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare Person
  - Es ist ausreichend, dass irgendjemand einen Personenbezug herstellen kann

## Indirekt personenbezogene Daten

- wenn der Auftraggeber die Identität des Betroffenen mit rechtlich zulässigen Mitteln nicht bestimmen kann



# Akteure im Bereich des Datenschutzes



# Regulierungsbehörden

- Datenschutzbehörde
- “Artikel 29-Arbeitsgruppe”
  - Besteht aus Vertretern der nationalen Behörden
  - Berät die Europäische Kommission und die nationalen Behörden

# Nationale Datenschutzrechte differieren – Welches Recht gilt? (Art 4)

Grundsatz: Ort der Niederlassung des Auftraggebers entscheidend

- Wenn Auftraggeber nur eine Niederlassung in der EU hat
  - zB wenn X GmbH Internet-Dienste in der ganzen EU anbietet aber nur in Österr. eine Niederlassung hat: österr. Recht gilt.
- Wenn Auftraggeber mehrere Niederlassungen in der EU hat:
  - Wenn Datenverarbeitung im Rahmen der Tätigkeiten aller Niederlassung → jede Niederlassung muss sich an lokales Recht halten
- Wenn der Auftraggeber keine Niederlassung in der EU hat:
  - Muss das Recht jener EU-Mitgliedstaaten befolgen, in denen Mittel zur Datenverarbeitung verwendet werden

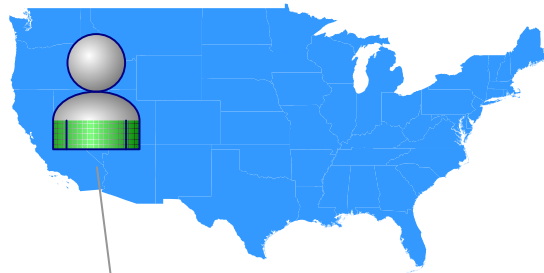
# Welches Recht gilt? Nur eine Niederlassung in der EU

Auftraggeber  
ohne sonst.  
Niederlassungen

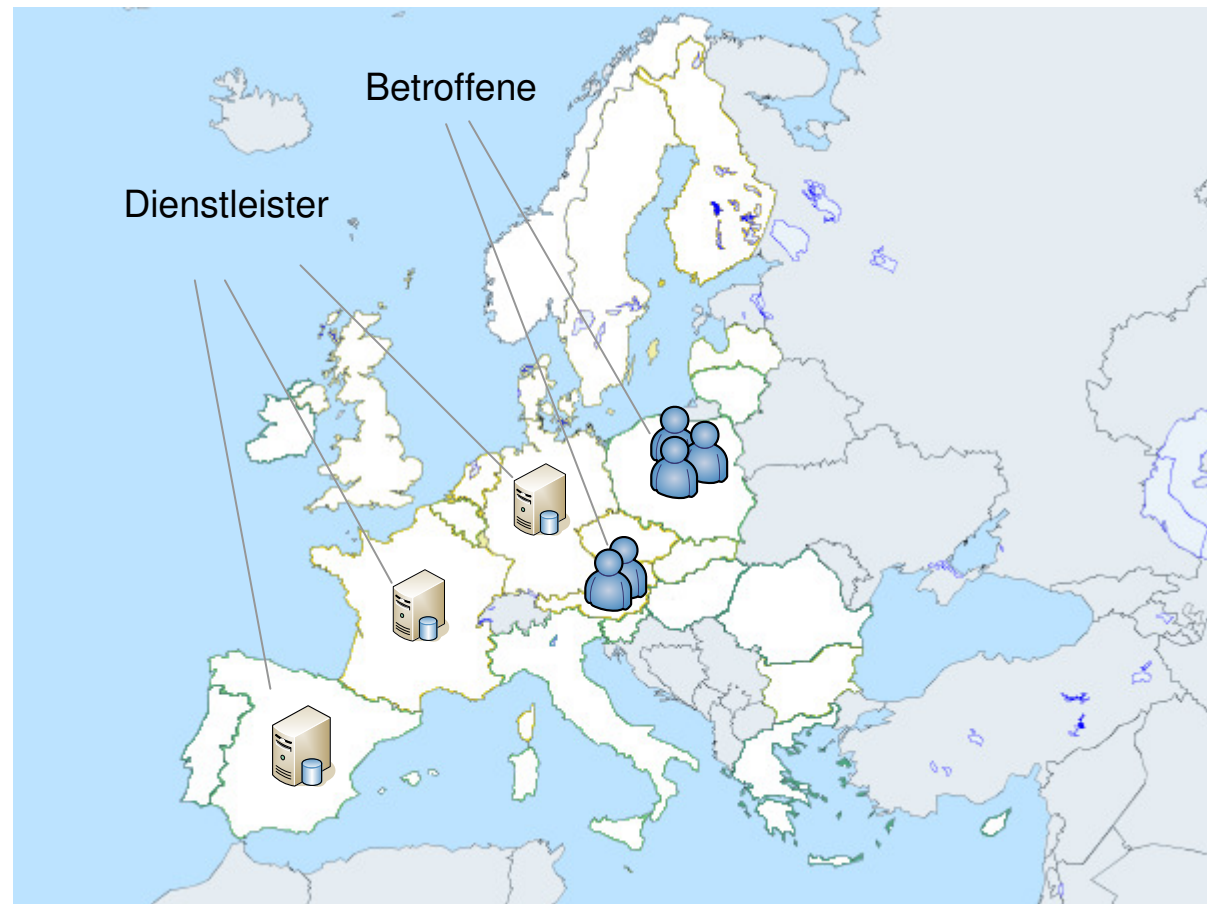
z.B.: Facebook  
Ireland Ltd.



# Welches Recht gilt? Keine Niederlassung in der EU



Auftraggeber ohne  
Niederlassung in  
der EU



# Zulässigkeit der Datenverarbeitung

Grundsätze:

- 1) Auf rechtmäßige Weise & nach Treu und Glauben
  - Erfordert arbeitsrechtliche Compliance
- 2) Zweckbindung: Verarbeitung nur für festgelegte eindeutige Zwecke
- 3) Datenminimierung: erhobene Daten müssen für die festgelegten Zwecke relevant sein
- 4) Richtigkeit und Aktualität: Pflicht zur Aktualisierung
- 5) Begrenzte Dauer: nur solange, wie für Zwecke erforderlich

# Zulässigkeit der Datenverarbeitung #2

Personenbez. Daten dürfen nur verarbeitet werden, wenn (§ 8):

- 1) der Betroffene zugestimmt hat
  - Zustimmung ist widerruflich (“Right to be forgotten”)
- 2) zulässigerweise veröffentlichte Daten
- 3) indirekt personenbezogenen Daten
- 4) gesetzliche Ermächtigung oder Verpflichtung
- 5) lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- 6) überwiegende berechnigte Interessen des Auftraggebers

# Meldepflichten gegenüber nationalen Datenschutzbehörden

- AG hat Datenanwendung vor Inbetriebnahme bei der DSB zu melden (§ 18 Abs 1 DSG)
- Alle Meldungen sind öffentlich einsehbar: <https://dvr.dsb.gv.at>
- Meldepflicht entfällt, wenn (§ 17 Abs 2 DSG)
  - nur veröffentlichte oder nur indirekt personenbezogene Daten
  - Standard-Datenanwendung gemäß Standard- und Musterverordnung 2004; zB
    - Rechnungswesen und Logistik
    - Personalverwaltung für privatrechtliche Dienstverhältnisse



# Vorabkontrolle

- Datenanwendung darf erst nach erfolgter Genehmigung in Betrieb genommen werden, wenn (§ 18 Abs 2 DSGVO)
  - Sensible Daten
  - Strafrechtlich relevante Daten
  - Auskunftserteilung über die Kreditwürdigkeit der Betroffenen
  - Informationsverbundsystems
  - Videoüberwachung (§ 50c DSGVO)

# Rechte des Betroffenen

- Auskunftsrecht (§ 26 DSGVO)
  - Schriftlich geltend zu machen
  - über Daten, ihre Herkunft, Empfängerkreise, Zweck & Rechtsgrundlage, Namen und Adressen von Dienstleistern
  - Kein Recht auf Datenportabilität
- Recht auf Richtigstellung oder Löschung (§ 27 DSGVO)
  - Löschung zB wenn Zustimmung widerrufen (vgl. Right to be Forgotten)
- Recht Widerspruch (§ 28 DSGVO)
  - Wenn Datenverwendung nicht auf Zustimmung basiert

# Verpflichtende Datensicherheitsmaßnahmen (§ 14 DSGVO)

- Daten sind zu schützen vor
  - Verlust
    - Verfügbarkeit
  - zufälliger oder unrechtmäßiger Zerstörung od. Änderung
    - Integrität
  - Zugang durch Unbefugte
    - Vertraulichkeit
  - Nicht ordnungsgemäße Verwendung
    - Rechtmäßigkeit
- Sicherheitsmaßnahmen müssen unter Berücksichtigung der Kosten risikoadäquat sein

# Verpflichtende Datensicherheitsmaßnahmen (§ 14 DSGVO) #2

- Jedenfalls erforderlich sind (§ 14 Abs 2 DSGVO)
  - Aufgabenverteilung festlegen (vgl NIST SP 800-53, AC-5)
  - Datenverwendung nur bei Anordnung des zuständigen MA
  - Belehrung aller Mitarbeiter über datenschutzrechtliche Pflichten (vgl ISO 27002, Pkt 8.2.2)
  - Regelung physischer Zutrittsberechtigung (ISO 27002, § 9.1.2)
  - Regelung der Zugriffsberechtigung auf Daten & Datenträger (vgl ISO 27002, § 11.6.1)
  - Zugriffskontrolle bei Maschinen oder Programmen (aaO)
  - Protokollierung von Zugriffen/Änderungen (ISO 27002, § 10.10)
  - Dokumentation obiger Maßnahmen (vgl ISO 27002, § 4.3)

# Data Security

## Breach Notification

- *Die Pflicht betroffene Personen von der Kompromittierung ihrer personenbezogenen Daten zu informieren.*
- Eine „Erfindung“ aus Kalifornien:
  - California Senate Bill 1386 (2002)
- Zweck:
  - Betroffene sollen reaktive Maßnahmen ergreifen können
  - Markt-Transparenz hinsichtlich Daten-Sicherheit
- Rechtsquellen in Österreich:
  - Gesetz: § 24 Abs 2a DSG 2000; § 95a TKG 2003
  - Verträge

# Breach Notification nach DSGVO 2016

- § 24 Abs 2a DSGVO 2016: Notifikations-Pflicht, wenn:
  - Unternehmen bekannt wird, dass personenbezogene Daten „systematisch und schwerwiegend“ unrechtmäßig verwendet wurden und
  - den Betroffenen Schaden droht
- Ausnahme: wenn Notifikation nicht im Verhältnis zum geringfügigen drohenden Schaden steht
- Form der Notifikation: „in geeigneter Form“
- Zeitpunkt der Notifikation: „unverzüglich“
- Rechtsfolge der Verletzung:
  - Verwaltungsstrafe: bis zu EUR 10.000 (§ 52 Abs 2 DSGVO 2016)
  - Haftung für Vermögensschäden nach allgem. Zivilrecht

# Breach Notification nach dem Vertrag

- Wenn Breach Notification in einem Vertrag nicht geregelt ist, gilt:
  - Wenn ohne Notifikation Schaden droht (sog. nebenvertragliche Schutzpflicht)
  - Betroffene sind unverzüglich zu informieren
- Rechtsfolge der Verletzung:
  - Vertragliche Haftung für Vermögensschäden

# Outsourcing – Datenüberlassung an Dienstleister

- Auftraggeber kann sich eines Dienstleisters bedienen (§ 10 DSGVO)
  - Dienstleister muss ausreichende Gewähr für rechtmäßige und sichere Datenverwendung bieten → zB: ISO/IEC 27001-Zertifizierung
  - Vereinbarung muss folgende Pflichten enthalten:
    - Daten nur im Rahmen der Aufträge des AG verwenden
    - Datensicherheitsmaßnahmen gem § 14 DSGVO sind zu treffen
    - Sub-Dienstleister nur mit Billigung des Auftraggebers
    - Voraussetzungen für Erfüllung d. Pflichten gegenüber Betr.
    - nach Beendigung: Daten an AG übergeben oder vernichten
    - AG Informationen zur Verfügung zu stellen, die zur Kontrolle notwendig sind



# Outsourcing an ausländische Dienstleister

- Auftragsverarbeiter in der EU
  - Keine Meldung/Genehmigung erforderlich
- Auftragsverarbeiter außerhalb der EU
  - Nur Genehmigungsfrei, wenn Drittstaat angemessenen Datenschutz bietet
    - Lt. Europ. Kommission zB Kanada, Schweiz, Israel
    - früher die USA:
      - früher Safe Harbor Program → “angemessener” Datenschutz, wenn Selbstzertifizierung des Unternehmens
      - seit 6.10.2015: Safe Harbor aufgehoben (EuGH C-362/14)
      - Ungewisse Zukunft: „Privacy Shield“

## Outsourcing an ausländische Dienstleister #2

- Outsourcing an Auftragsverarbeiter in Drittland ohne angemessenen Datenschutz
  - Genehmigungsfrei, wenn (u.a.; § 12 Abs 3 DSGVO)
    - im Inland zulässigerweise veröffentlichte Daten;
    - für Empfänger nur indirekt personenbezogene Daten od.
    - Zustimmung der Betroffenen
  - Ansonsten besteht grds ein Genehmigungsvorbehalt
    - Genehmigung ist zu erteilen, wenn Dienstleister-Vertrag Standardvertragsklauseln der Europ. Kommission enthält

# Herausforderungen durch aktuelle IT-Trends

- Bring Your Own Device (BYOD)
- Cloud Computing
- Big Data

# Bring Your Own Device

- BYOD verringert Sicherheitsniveau erheblich:
  - Authentifizierung der Nutzer am Endgerät?
  - Patch Management?
  - Datenverschlüsselung?
- Sicherheitsniveau häufig nicht angemessen (§ 14 DSGVO)
  - Kompensatorische Maßnahmen nötig
  - z.B. Remote Wiping und/oder Usage Monitoring

# Bring Your Own Device – Remote Wiping

- Szenario: Dienstnehmer verlegt (verliert?) sein Gerät mit
  - Privaten Daten (Urlaubsfotos etc.)
  - Geschäftsgeheimnissen/Kundendaten
- Darf der Arbeitgeber ohne Zustimmung des Dienstnehmers ein Remote Wiping vornehmen?
  - Problem: Datenbeschädigung strafbar (§ 126a StGB):  
*Wer einen anderen dadurch schädigt, dass er Daten, über die er nicht oder nicht allein verfügen darf, löscht ...*

# Bring Your Own Device – Remote Wiping #2

- Zustimmung des Dienstnehmers erforderlich
- Sollte vorab von allen Dienstnehmern schriftlich eingeholt werden
- Inhalt der Vereinbarung
  - Informationspflicht des Dienstnehmers an den Dienstgeber, wenn Endgerät verlegt/verloren
  - Voraussetzungen des Remote Wiping sind genau zu definieren

# Cloud Computing - Zentrale Herausforderungen

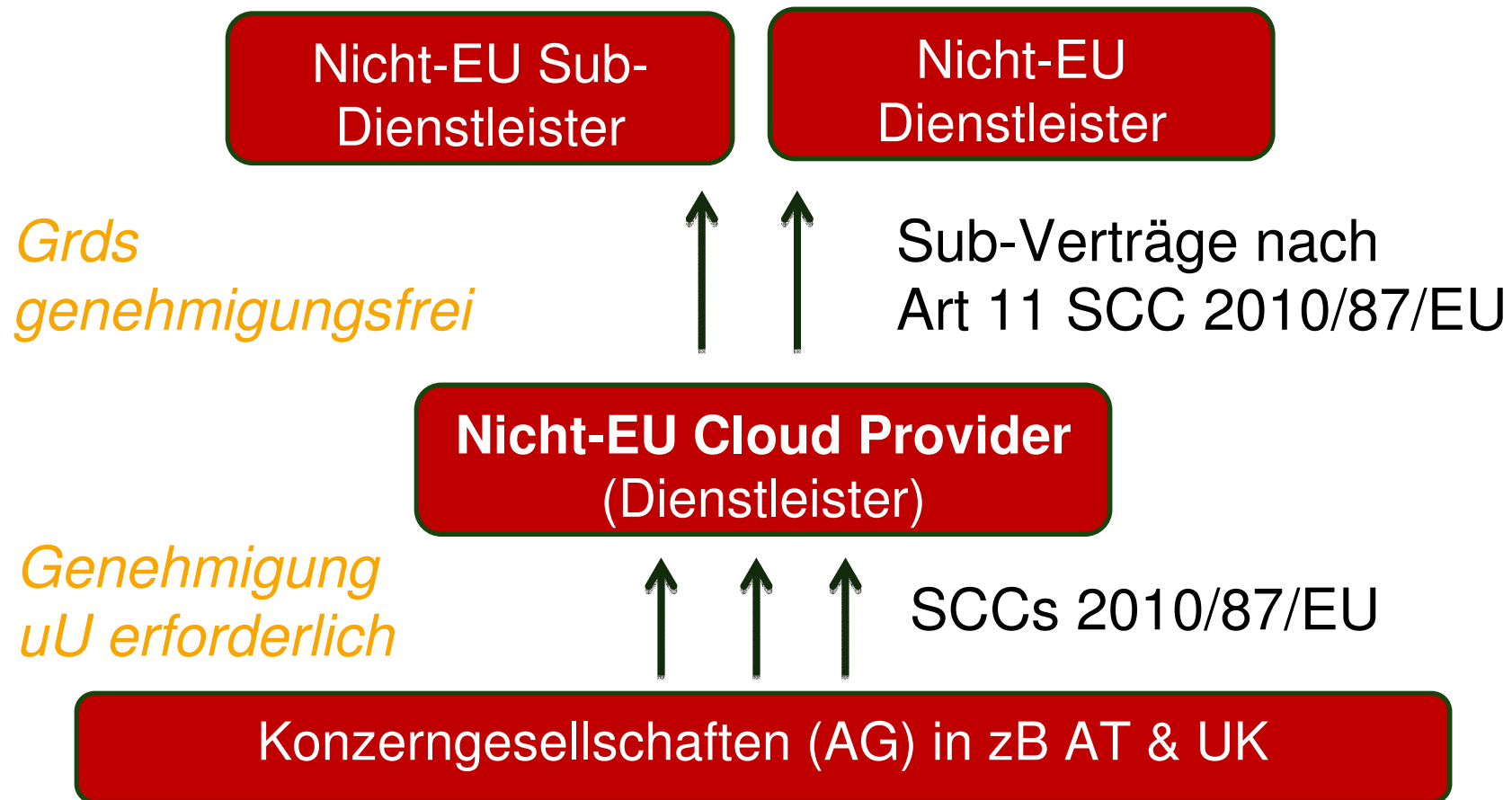
- Internationale Datentransfers
  - Cloud Provider befindet sich oft in anderem Staat
  - Typischerweise sind Sub-Auftragsverarbeiter involviert
    - Software-Wartung
    - Support-Techniker
    - Zugriffsmöglichkeit durch Support-Personal gilt grds ebenso als Datentransfer

# Cloud Computing - Zentrale Herausforderungen #2

- Vertragsstruktur bei Konzern-weiter Cloud-Nutzung
  - Zivilrechtlich: nur eine Konzerngesellschaft ist Vertragspartner
  - Datenschutzrechtlich:
    - Jede Konzerngesellschaft ist Auftraggeber nach ihrem nationalen Recht
    - Jede Konzerngesellschaft muss ein Data Processing/Transfer Agreement mit dem Cloud Provider schließen



# Compliance-Lösung for Nicht-EU Cloud Provider & Sub-DL



# Big Data – Big Liability?

- Big Data ist gekennzeichnet durch:
  - Die automatisierte Analyse (Data Mining) von
    - idR unstrukturierten
    - großen Datenmengen
- Anwendungsgebiete von Big Data
  - Analyse und „Vorhersage“ des Kundenverhaltens
    - Personenbezogene Werbung
    - Preisdiskriminierung
  - Optimierung betrieblicher Prozesse
    - zB Planung des Personalbedarfs
  - Risiko- und Finanzmanagement

# Big Data – Zentrale Herausforderungen

- Anonymisierung
- Grundsatz der Zweckbindung: Verarbeitung nur für festgelegte eindeutige Zwecke & dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken unvereinbaren Weise weiterverwendet werden
  - Speicherung auf Vorrat für undefinierte Zwecke unzulässig
  - Jede Zweckänderung kann neue Registrierungs- und Zustimmungspflichten begründen (neue Datenanwendung)
- Vollautomatisierte Entscheidungen grds unzulässig, wenn
  - rechtliche Folgen oder erhebliche Beeinträchtigung des Betroffenen &
  - Bewertung einzelner Aspekte der Person (zB Leistungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit, Zuverlässigkeit)

# Good News!

## You're Not Paranoid - PRISM & Tempora

- Tempora – UK GCHQ
  - Total-Auswertung des Internet-Backbone-Traffics in UK
  - Rechtsgrundlage: Regulation of Investigatory Powers Act (RIPA)
  - Schranken?
    - Art 15 Abs 1 E-Privacy-RL (2002/58/EC) & Art 8 EMRK
- PRISM – U.S. NSA
  - Direkter Zugang zu Facebook, Google, Microsoft, Skype, ...
  - Rechtsgrundlage: Foreign Intelligence Surveillance Act
  - Schranken?
    - 1st & 4th Amendment to the U.S. Constitution?

# Battle of Compliance: EU- vs. U.S.-Recht

- Internationale Konzerne unterliegen meist mehreren Rechtsordnungen
- USA PATRIOT Act § 505: Mit National Security Letters kann das FBI von jedermann Auskunft begehren
  - über sämtliche Transaktionsdaten
  - ohne gerichtliche Kontrolle
  - ohne Verhältnismäßigkeitsprüfung
  - Plus: Verpflichtung zur Geheimhaltung
- Datenschutzrecht der Mitgliedstaaten
  - Eingriffe müssen verhältnismäßig sein
  - Erfordernis eines effektiven Rechtsschutzes (Art 6 EMRK)

# Battle of Compliance: EU- vs. U.S.-Recht #2

Zum Beispiel

- Internationaler IT-Service Provider betreibt Data Center in der EU
  - EU-Datenschutzrecht gilt
- Mit Sitz in den USA unterliegt er USA PATRIOT Act § 505
  - U.S.-Recht verpflichtet zur Verletzung von EU-Recht
  - EU-Recht verpflichtet zur Verletzung von U.S.-Recht

## Ausblick - DSGVO

- Datenschutz-Grundverordnung der EU
  - Vision: Vollharmonisierung des Datenschutzrechts
  - Realität: mehr 20 Regelungszuständigkeiten für Mitgliedstaaten
  - Interne Dokumentations- und Prüfpflichten statt behördliche Meldepflichten
  - Betrieblicher Datenschutzbeauftragter
  - Strafen von bis zu 4% des Jahresumsatzes
  - Hoch komplexe Zuständigkeitsordnung (kein Konzernprivileg)
  - Keine Regelung zum anwendbaren Recht

## Kontakt

Baker & McKenzie  
Schottenring 25  
1010 Vienna  
Tel.: +43 (0) 1 24 250  
Fax: +43 (0) 1 24 250 600

**RA Dr. Lukas Feiler, SSCP, CIPP/E**  
**[lukas.feiler@bakermckenzie.com](mailto:lukas.feiler@bakermckenzie.com)**

Die Baker & McKenzie - Partnerschaft von Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern und Solicitors ist eine im Partnerschaftsregister des Amtsgerichts Frankfurt/Main unter PR-Nr. 1602 eingetragene Partnerschaftsgesellschaft nach deutschem Recht mit Sitz in Frankfurt/Main. Sie ist assoziiert mit Baker & McKenzie International, einem Verein nach Schweizer Recht. Mitglieder von Baker & McKenzie International sind die weltweiten Baker & McKenzie-Anwaltsgesellschaften. Der allgemeinen Übung von Beratungsunternehmen folgend, bezeichnen wir als "Partner" einen Freiberufler, der als Gesellschafter oder in vergleichbarer Funktion für uns oder ein Mitglied von Baker & McKenzie International tätig ist. Als "Büros" bezeichnen wir unsere Büros und die Kanzleistandorte der Mitglieder von Baker & McKenzie International.